

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
JUNI 2004

Aktuelle Umfragen zum Wahlkampf: Keine Einigkeit

Regierungsstil

Reagans Rotstift

Eine neue Nuklearstrategie?

**Kurzrezension: Walter Russell Mead - Power, Terror, Peace,
and War. America's Grand Strategy in a World at Risk**

Irak: Hauptschlagader Pipeline

**Ein amerikanischer Pyrrhussieg – die Broader Middle East
and North Africa Initiative**

**Transatlantische Aussöhnung? Konfliktlinien des
Europäischen Verfassungsentwurfs**

Höhere Bildung: Teuer statt gut?

Bolivien vor dem Zusammenbruch?

Amerika und Kuba - ohne Fidel Castro

China: Raubtierkapitalismus und Planwirtschaft

What's New?

Franz-Josef Reuter

Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Washington am 25. Juni 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460

Fax. 202-986-9458

info@kasusa.org

<http://www.kasusa.org>

<http://www.kas.de>

Aktuelle Umfragen zum Wahlkampf: Keine Einigkeit; Regierungsstil; Reagans Rotstift; Eine neue Nuklearstrategie?; Kurzrezension: Walter Russell Mead - Power, Terror, Peace, and War. America's Grand Strategy in a World at Risk; Irak: Hauptschlagader Pipeline; Ein amerikanischer Pyrrhussieg – die Broader Middle East and North Africa Initiative; Transatlantische Aussöhnung? Konfliktlinien des Europäischen Verfassungsentwurfs; Höhere Bildung: Teuer statt gut? Bolivien vor dem Zusammenbruch? Amerika und Kuba - ohne Fidel Castro; China: Raubtierkapitalismus und Planwirtschaft; What's New?

An den Juni-Umfragen lässt sich nicht ablesen, ob John Kerry oder George W. Bush die Wahl gewinnen würde, fände die Präsidentschaftswahl jetzt statt. Think-Tank-Experten üben sich derzeit in der Zukunftsvoraussage. Mit Blick auf die Organisation des Wahlkampfs, auf die Mitarbeiter und anderes wollen sie den Regierungsstil des künftigen Präsidenten voraussagen. Walter Russell Mead erklärt in seinem neuen Buch die „Grand Strategie“ Amerikas. Durch Pipeline-Terrorismus Irak gehen viele Öl-Dollars verloren. Bill Schneider sieht Amerika mit Europa versöhnt, und Ökonomen bemängeln die exorbitanten Studiengebühren in den USA. Mark Falcoff glaubt Bolivien kurz vor dem politischen Selbstmord, und auch in diesem Jahr sieht so mancher Experte ein Kuba ohne Fidel Castro auf die USA zukommen. Chinas wirtschaftliche Entwicklung gibt Anlass zu Sorge. Die Wahlen rücken näher, und die Think Tank stocken ihr Personal auf.

Aktuelle Umfragen zum Wahlkampf: Keine Einigkeit

Ein Blick auf sämtliche Wahlumfragen im Juni lässt alle Fragen offen. Bei den einen führt **John Kerry**, bei den anderen **George W. Bush**. Die Ergebnisse der verschiedenen landesweiten Polls geben einen Monat vor der Konvention der Demokraten in Boston keinen Aufschluss über das mögliche Wahlverhalten der Amerikaner. In solchen Situationen werden die so genannten *miscellaneous*-Fragen interessant. **FOX News** hat Mitte Juni eine Umfrage in Auftrag gegeben, bei der die Befragten die politische Handlungsfähigkeit von George W. Bush und John Kerry einschätzen sollten. Innenpolitisch hat Kerry das Vertrauen der Bürger auf seiner Seite; Bush glänzt nach Auffassung der Befragten in der Außenpolitik.

“Welcher Kandidat würde auf folgenden Gebieten bessere Arbeit leisten? George Bush oder John Kerry?”

	Bush %	Kerry %	Beide %	Keiner %	Weiß nicht %
„Eine nationale Krise“	48	34	3	4	11
„Krieg gegen den Terror“	47	32	3	6	12
„Außenpolitik“	45	40	2	2	11
„Situation im Irak“	43	39	1	6	11
„Steuern“	41	41	1	5	12
„Wirtschaft“	41	44	2	3	10
„Bildung“	40	44	3	3	10
„Gesundheitssystem“	34	48	3	4	11
„Soziale Sicherheit“	33	44	3	6	14
„Benzinpreis“	32	39	2	12	15

Regierungsstil

Charles Jones, Analyst bei der **Brookings Institution**, macht sich Gedanken über den Regierungsstil von **George W. Bush** und **John Kerry** (<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/comm/policybriefs/pb134.htm>). Über Bush sei vieles bekannt, schließlich habe er schon vor seiner ersten Regierungszeit als Präsident Erfahrung in der Exekutive gehabt. Nicht so John Kerry. Seine Erfahrung ist auf zwei kurze Zwischenspiele in der Staatsgewalt begrenzt, einmal als

stellvertretender Gouverneur von Massachusetts, einmal als Staatsanwalt. Für Präsidentschaftsanwärter ist Erfahrung in der Exekutive von großem Vorteil. Nur **Warren Harding** und **John F. Kennedy** haben es ohne sie ins Präsidentenamt geschafft.

Im Vorlauf der vergangenen Präsidentschaftswahl gründeten die Brookings Institution, das American Enterprise Institute und die Hoover Institution ein Gemeinschaftsprojekt, in dem es darum ging, den Regierungsstil von **George W. Bush** und **Al Gore** vorauszusagen. Die Fragen sind dieselben geblieben, drehen sich um Herkunft, Stil und Vorlieben. Das Weiße Haus, so Jones, konstituiert sich um eine einzelne Person, erst dann kann das Regieren beginnen. So wollen die Analysten schon vor dem Wahltag herausfinden, warum ein Kandidat Präsident werden bzw. bleiben will; ob er das richtige Temperament hat; welches seine Qualifikationen sind; wen er seine Freunde und Verbündeten nennt; wozu er sich verpflichtet fühlt; ob er schon einmal eine Krise gemanagt hat und, vor allem, ob er ein Anliegen hat, für das er sogar die Wiederwahl riskieren würde.

Für den Wahlkampf gilt außerdem „Wahlkämpfen ist Regieren und ist Wahlkämpfen“. Die Analysten beobachten genau, wie ein Kandidat sein Werben um die Stimmen der Bürger organisiert und schließen auf die Organisation der Regierungsarbeit, d.h. welcher Mitarbeiter aus dem Wahlkampfteam kommt für welche Position im Weißen Haus infrage. Damit setzt sich ein Kreislauf in Gang, der die Aufmerksamkeit von Lobbyisten und politischen *Consultants* weckt. Ähnliches gilt für das Verhältnis eines Kandidaten zu den Medien.

An dritter Stelle wännen die Think-Tank-Experten die Themen, die den Kandidaten am Herzen liegen.

Reagans Rotstift

Nach dem Tod des früheren Präsidenten **Ronald Reagan** haben sich fast alle Think Tanks zu seinem Erbe geäußert. **Veronique de Rugy** vom **American Enterprise Institute** nennt ihn den „Champion Budget-Cutter“ (http://www.aei.org/publications/pubID.20675/pub_detail.asp). Nicht nur Steuern habe er gesenkt, sondern auch der Kampf gegen staatliche Ausgaben sei sein Verdienst. Auf ihn gingen mehr Ausgabensenkungen zurück als auf alle anderen Präsidenten der vergangenen vierzig Jahre. Als einziger habe er die Ausgaben – Verteidigung nicht eingerechnet – schon in seiner ersten Amtszeit um 9,7 Prozent

gesenkt. De Rugys Urteil: „Präsident Reagan hat die Wirtschaft verstanden.“ Er glaubte, dass der Staat fast alles usurpiert hatte und rechtfertigte so sämtliche Einschnitte, schreibt die AEI-Expertin. Sie rühmt Reagans Kürzungskatalog bei den Ministerien, der sich wie folgt liest: Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsbudget – minus 40,1 Prozent; Verkehrsbudget mehr als minus 15 Prozent; Bildungsbudget – minus 18,6 Prozent; Landwirtschaftsbudget – minus 24 Prozent. Keine einzige Kürzung habe es indes beim Verteidigungshaushalt, bei Gesundheit und Justiz gegeben.

Eine neue Nuklearstrategie?

„Was müssen wir tun“, fragen **Carnegie**-Präsidentin **Jessica Matthews** und ihre **Kollegen George Perkovich, Joseph Cirincione, Rose Gottemoeller** und **Jon B. Wolfthal** im ersten Entwurf einer neuen Studie, die sich mit möglichen terroristischen Anschlägen durch Nuklearwaffen auseinandersetzt (www.ceip.org/strategy). Die endgültige Version der Studie soll Anfang kommenden Jahres publik werden. Schon jetzt beschreiben die Verfasser eine Strategie, die die Welt vor nuklearen Unwägbarkeiten schützen soll. Die Kernpunkte: Keine weiteren Staaten dürfen in den Besitz von Nuklearwaffen kommen; eine internationale Kontaktgruppe muss diese Vorgabe mit strengen Maßstäben sicherstellen; Nuklearwaffen müssen entwertet werden – etwa indem die Forschung an diesen Waffen verboten wird.

John Kerrys Nuklearstrategie

Politiker wollen Zeichen setzen, in Amerika haben sie das getan, wenn Kommentatoren eine Rede als „major speech“, beispielsweise zur Außenpolitik rühmen. John Kerry hat sich diese Auszeichnung vor einigen Wochen in Florida verdient. In West Palm Beach sinnierte er über seine Vision einer amerikanischen Außenpolitik und proklamierte, dass ihm der Kampf gegen den Nuklearterrorismus höchste Priorität sei, wenn er als Präsident ins Weiße Haus einziehen sollte. Seit der Erfindung von Atomwaffen hat sich kein amerikanischer Präsident ganz und gar gegen die Ausbreitung und gegen die Nutzung bzw. Herstellung dieser Massenvernichtungswaffen eingesetzt. Sollte sich das mit einem Präsidenten John Kerry ändern? **Michael Levy**, Außenpolitik- und Rüstungsexperte der **Brookings Institution** bezweifelt das

(<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/pagedefs/8ff0b064e4caff3d3cf797180a1415cb.xml>), und glaubt, dass Kerrys Anti-Proliferationsstrategie die Landesverteidigung verhindern werde. Der Kandidat bediene sich lediglich altbekannter Abrüstungsrhetorik, vor allem der des **Cooperative Threat Reduction** (nach ihren Ideengebern auch als **Nunn-Lugar** bekannt). Sie sieht vor, dass amerikanische Dollars und Expertise die Nuklearbestände der früheren Sowjetunion sichern. Kerry hat vor, diese bislang chronisch unterfinanzierte Maßnahme auf Staaten wie China oder Pakistan auszuweiten. Analyst Levi erkennt das an – immerhin wäre es nach seiner Meinung eine Verbesserung gegenüber Präsident **Bushs** halbherzigen Bemühen, die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. Kerrys Idee: Staaten versuchen sich als Nuklearmächte, wenn sie ihre Sicherheit gefährdet sehen. Soweit darf die Weltpolizei Amerika es nicht kommen lassen. Bisher ist es nur eine geringe Zahl von Ländern, die sich durch ein Nukleararsenal in Sicherheit vor potenziellen Angreifern wähnen. Bush, meint Levi, glaubt an den Status-quo, Kerry nicht. Ganz im Bewusstsein des Völkerrechts propagiert der Senator aus Massachusetts einen **Fissile Material Cutoff Treaty**, der potenziellen Atomwaffenproduzenten den Zugang zu Uran und Ähnlichem versperrt. Amerika müsse dabei als gutes Beispiel vorangehen und dürfe selbst nicht an neuen Atomwaffen forschen. Levi meint, das reiche nicht. Wenn Staaten aus regionalen Sicherheitsbedürfnissen heraus zu Nuklearstaaten werden, mache es keinen Unterschied, wenn die Vereinigten Staaten ihre Produktion einschränkten. Wenn Kandidat Kerry es ernst meine, so Levi, dann müsse Washington die amerikanischen Sicherheitsgarantien auf andere Staaten ausweiten und auf starke Allianzen mit gleich gesinnten Verbündeten setzen. Während des Kalten Krieges habe ein solches Nicht-Verbreitungsregime auch funktioniert.

Kurzrezension

Walter Russell Mead - Power, Terror, Peace, and War. America's Grand Strategy in a World at Risk

Walter Russell Mead ist einer der großen Tenöre im riesigen Chor der amerikanischen Außenpolitikexperten. Beim New Yorker Council on Foreign Relations unterschreibt Mead als Henry A. Kissinger Fellow. Ganz in der Tradition dieses bedeutenden Außenpolitikers schreibt Mead von Zeit zu Zeit und zwischen unzähligen öffentlichen Auftritten Aufsehen erregende Bücher. Vor wenigen Tagen

ist „Power, Terror, Peace, and War. America's Grand Strategy in a World at Risk“ erschienen. David Frum, Vordenker neokonservativer Ideologie beim American Enterprise Institute, hat es sich nicht nehmen lassen, die erste wichtige Rezension zum Buch seines Kollegen zu schreiben. Dem Leser gibt Frum auf den Weg: „Wenn Mead Recht hat, dann ist es nicht nur Präsident Bushs Außenpolitik, die visionär und unausweichlich ist, sondern auch sein religiöser Stil. So könnte die Zukunft aussehen. Macht Euch bereit.“ Frum wird seinem Ruf als Polemiker gerecht, und Mead liefert ihm das Futter. Auf den rund 200 Textseiten hat sich der Autor viel vorgenommen: Er will die Umwälzung des „amerikanischen Projekts“, der außenpolitischen Strategie seines Landes, seit dem Kalten Krieg erklären. Amerikanische Außenpolitikexperten hantieren gewöhnlich mit einem ganzen Werkzeugkasten voll von Denkschulen und Kategorien. So bezeichnen sich Politiker und Wissenschaftler je nach Standpunkt als Tauben oder Falken, als Realisten oder Idealisten. Mead hat damit schon in seinem vorangegangenen Buch „Special Providence“ Schluss gemacht. Für ihn gibt es vier Traditionen, die er nach ihren Protagonisten im Weißen Haus benannt hat: die Jacksonianische, die Hamiltonianische, die Wilsonianische, die Jeffersonianische. In „Power, Terror, Peace, and War“ erweitert Mead seinen Werkzeugkasten. Macht sei nicht mehr nur „hart“ oder „weich“, wie Joseph Nye meint, sondern „scharf“, wenn sie militärisch ausgerichtet sei, „klebrig“, wenn sie ökonomisch sei, „süß“, wenn ihr Kultur, Werte und Ideen zugrunde liegen, hegemonial, wenn die drei voranstehenden Machtkategorien eine weltweite Ordnung begründet haben. Die Einteilung erscheint dem Leser gelungen, vermischt mit den Traditionen der Präsidenten, stellt sich aber eine gewisse Verwirrung ein. Besonders, wenn Mead das Feld der Realpolitik verlässt und sich der Weltwirtschaft widmet. Auch für ihre Entwicklung hält er Namen bereit. Das „Fordistische System“ hat in Amerika bereits ausgedient, denn es steht für Standardisierung und Zentralismus. Stattdessen lebt das Land im Zeitalter des hoch-dezentralisierten, mobilen, ja flüssigen „Millennial“-Kapitalismus. Für die USA ist dieser neue Kapitalismus wünschenswert, begünstigt er doch das „Revival“ des Landes. Allein, eine erstarkte Nation ist nicht das einzige Ergebnis unterm Strich, denn außerhalb der Landesgrenzen kommt diese neue Wirtschaftsordnung nicht sonderlich gut an, vor allem in Europa, dem Mead vorwirft, an Selbstüberschätzung zu leiden, und der arabischen Welt.

Mead gibt vor, überparteilich zu sein. Doch wahre Kritik an der (Außen-)Politik der Bush-Administration hält er nicht bereit. Sie ist ihm zu undiplomatisch, zu rüde, aber mit ihren Zielen geht er konform. „Die, die uns nicht mögen, müssen uns zumindest fürchten“, schreibt er und meint den „Krieg gegen den Terror“. Die Invasion des Irak als Voraussetzung für einen stabilen Nahen Osten findet er die richtige Strategie. Pre-emption rechtfertigt Mead mit einem Fingerzeig auf Europa: Der Iran hätte europäische Bemühungen um Waffeninspektoren niemals unterstützt, wenn die Alternative nicht ein amerikanischer Militärschlag gewesen wäre. Den Konflikt mit dem radikalen Islam – Mead spricht von „arabischem Faschismus“ – erkennt er als ideologischen Kampfgrund an. Und was Europa angeht, so glaubt Mead, dass sich die USA nicht in völkerrechtliche Abkommen einbinden lassen sollten bzw. nur in solche, die das Land nicht an einem militärischen „go it alone“ hindern würden. Daher rührt auch seine Aufforderung, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an die wirklichen Machtverhältnisse der Welt anzupassen.

Meads Buch ist nicht so sehr ein Standardwerk zur amerikanischen Außenpolitik; es liefert weder viele Informationen, noch zieht es die aktuelle Forschung zu Rate. Dennoch dürfte es zu einem der meistzitierten Werke für die kommenden Jahre werden, denn es bestellt die ideologischen Felder. Die Aussaat ist eine Mischung aus religiösem Eifer und Allmachtsfantasien. Mead, der Analyst und Forscher, stellt sich nicht dagegen, zitiert Propheten, spricht von der Vereinigung der religiösen Rechten und dem orthodoxen Judentum zum Zwecke des „American Revival“, der amerikanischen Macht als *summum bonum* der Weltpolitik. Und es ist dieser „noble Zweck“, die Versicherung Amerikas als die „indispensable Nation“, von der Madeleine Albright einst sprach, die alle realpolitischen Mittel heiligt. Wer hier einzuwerfen gedenkt, dass die religiöse Rechte sich kaum mit dem Judentum einigen werde, bevor dieses nicht konvertiere, dem entgegnet der Autor, die religiöse Rechte vertage die Entscheidung darüber in den „Himmel“ und überlasse es damit Gott. Es sind diese Sätze, die dem Leser die Bedeutung von Meads Buch vor Augen führen. Wer, wie Mead, auf der einen Seite von „arabischem Faschismus“ spricht, den Konflikt also säkularisieren will, auf der anderen Seite aber die eigene (Außen-)Politik entlang religiöser Linien zeichnet und rechtfertigt, bewegt sich auf gefährlichem Terrain. Der Inhalt von Meads zuvor so sorgsam zusammengestellten Werkzeugkästen scheint fehl am Platze, scheint beinahe zu wissenschaftlich für

einen, der sein Buch mit den Worten beschließt: „Einer, der sogar noch größer ist als Roosevelt, sagt: ‚Whoever wishes to be first among you must become servant of all‘.“ Für Mead steht das neue „American Project“ fest: Amerika hat sich vorgenommen, der Welt zu dienen, indem es der Welt anträgt, wie Amerika zu werden.

Irak: Hauptschlagader Pipeline

Der wichtigste Pfeiler der irakischen Volkswirtschaft ist das Öl. Die Erlöse aus dem Export des schwarzen Goldes sollen den Wiederaufbau des Landes finanzieren. Das Land verfügt über die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Wie fragil dieser Sektor ist, zeigen die Vorfälle der vergangenen Wochen, meint **Ga Luft** vom **Saban Center** der Brookings Institution in einer Analyse zur irakischen Ölproduktion (<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=fp/saban/luftmemo20040617.htm>).

Anschläge auf zwei Pipelines und die Ermordung eines Öl-Managers haben den Export für einige Zeit fast zum Erliegen gebracht. Die Sicherheit des fast 7000 km langen Pipelinenetzes sei nicht gegeben, glaubt Luft. Im Mai habe der Irak nur 1,95 Millionen Barrel (mdb) produzieren und 0,86 davon exportieren können. Die Rechnung der Koalitionstruppen sah ursprünglich anders aus, danach sollte das Land um die 3 mdb produzieren. Entsprechend geringer fallen die Einnahmen aus dem Ölgeschäft aus. Mehr als 130 Anschläge auf die Ölleitungen hat das zuständige irakische Ministerium seit Kriegsende im April 2003 gezählt. Mittlerweile sind 14.000 Sicherheitskräfte entlang der Pipelines stationiert. Das schlimmste Szenario wäre, wenn künftig der Ölterrorismus die Region noch weiter destabilisieren würde – vor allem, wenn er sich auf Saudi Arabien ausweite. Dort gibt es über 16.000 km Pipelines, die meisten überirdisch. Von der Sicherung des irakischen Öls könnte - Luft - zufolge die Stabilität der gesamten Region abhängen.

Ein amerikanischer Pyrrhussieg – die Broader Middle East and North Africa Initiative

Auf ihrem Gipfel in Sea Island Anfang Juni haben sich die Staats- und Regierungschefs der **G-8** auf die **Broader Middle East and North Africa Initiative** geeinigt. Im aktuellen **Arab Reform Bulletin** der **Carnegie Endowment for Internationale Peace** spricht **Marina Ottaway** von einem diplomatischen Sieg für die USA (<http://www.ceip.org/files/Publications/2004-06-15ottawayARB.asp?from=pubdate>), befürchtet aber, dass dieser Sieg ohne

Konsequenzen für die Region bleibe. Die Initiative sei eine abgespeckte Version der amerikanischen Greater Middle East Initiative. Diese besteht aus zwei Teilen: der „**Partnership for Progress and a Common Future with the Region of the Broader Middle East and North Africa**“ und den Bemühungen um politische Reformen in der Region. Wichtig außerdem: erweiterte und kontinuierliche Bemühungen um eine Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina. Hierauf hatten die Europäer und die arabischen Länder bestanden, nicht aber die Vereinigten Staaten. Die Region selbst bleibe auch dieser verwässerten Version der Greater Middle East Initiative gegenüber skeptisch, schreibt Ottaway. Nur fünf Länder - Bahrain, Irak, Jordan, Tunesien und Jemen – waren einer Einladung zur Diskussion während des G-8-Gipfels gefolgt. Die wichtigsten Länder – Ägypten und Saudi Arabien – machten hingegen deutlich, dass sie mit der gesamten Initiative nichts zu tun haben wollten, schreibt die Carnegie-Expertin. Ägyptens Präsident **Hosni Mubarak** diffamierte den Plan am deutlichsten: Extern initiierte Reformbemühungen nannte er betrügerisch, sie würden zur Anarchie führen. **Präsident Bush** habe ein diplomatisches Desaster verhindert, indem er eine Initiative befürwortete, die so wenig enthalte, dass sich niemand auf die Füße getreten fühle. Es ist unwahrscheinlich, so Ottaway, dass diese Initiative irgendeine Reform in der Region anschieben werde.

Transatlantische Aussöhnung?

William – Bill – Schneider tourt hin und wieder durch Europa. Was er während der vergangenen Wochen in der alten Welt gelernt hat, stimmt ihn versöhnlich: „Der Frieden ist ausgebrochen. Nicht im Irak, sondern zwischen den Vereinigten Staaten und Europa“ (<http://www.aei.org/news20765>). Überall könne man die neue transatlantische Eintracht beobachten, bei den Festlichkeiten zum D-Day, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, beim G-8 Gipfel in Sea Island. Das liege aber nicht daran, dass die Europäer plötzlich ein Herz für den amerikanischen Präsidenten entdeckt hätten, meint der **Politikkommentator des American Enterprise Institute**. Im Gegenteil, Präsident **George W. Bush** sei im gesamten europäischen Polit-Spektrum unbeliebt. „Die Europäer“ seien nur nicht mehr auf Konfrontationskurs mit den Vereinigten Staaten. In Bezug auf den Irak hätten sie das Gefühl, die Tatsachen sprächen sowieso für ihre Anti-Kriegshaltung. Und was die Präsidentschaftswahl angehe, so argumentiere man in Europa auf Seiten der Demokraten: ABB –

„Anybody but Bush“. Mit Blick auf den deutschen Kanzler erkennt der AEI-Kommentator, dass Antiamerikanismus für einen Politiker eine nie versiegende Quelle für neue Wahlsiege sei. Mittlerweile glauben viele Deutsche, dass **Gerhard Schröder** versucht habe, sie mit dem Europawahlslogan „Europa – Friedensmacht“ erneut zu manipulieren. Die Europäer, so Schneiders Eindruck, wollen die verletzten Beziehungen zu Amerika heilen. Dazu müssten sie nur eines tun: „Den Streit für beendet erklären – und die Bush-Administration das letzte Wort im Irak haben lassen“.

Konfliktlinien des Europäischen Verfassungsentwurfs

Unter der irischen Ratspräsidentschaft haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf den Text des Entwurfs für eine europäische Verfassung geeinigt. Nach Ansicht von **Robert Cottrell**, Korrespondent des britischen **Economist** für Osteuropa und Autor des American Enterprise Institute, sei der Entwurf für „The EU Constitution“ viel zu lang und habe „Many Risks, Few Rewards“ (<http://www.aei.org/publication20684>). In Amerika steht Cottrell mit dieser Auffassung nicht allein; dort gilt die amerikanische Verfassung als ein Vorbild, von dem Verfassungsgeber in aller Welt nicht abschweifen sollten. So war denn auch Cottrell einer der Mitautoren des Verfassungsentwurfs, den der Economist vor vier Jahren für die Europäische Union formuliert hatte. Gerade 21 Artikel umfasst das Kompendium für Europa. Das damalige Ansinnen der Autoren: „Europa braucht zwar keine Verfassung, aber da sich die Idee einer Verfassung ausbreitet, wollen wir das Beste daraus machen.“ Cottrell und seine Kollegen einigten sich auf das Gebiet der EU, ihre Kompetenzen, einige Mechanismen, die dafür sorgen sollten, dass die Union nicht zu mächtig werde, darauf, dass Brüssel keine Steuern erlassen dürfe, dass die Europäische Kommission nicht zum Handlanger der nationalen Regierungen werden würde und auf eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments, in der Abgeordnete der Mitgliedsstaaten als Europäisches Verfassungsgericht zusammenkommen, ausgestattet mit der Macht, auch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs aufzuheben. Wenig Wunder, dass die Autoren der Economist-EU-Verfassung den vorliegenden Entwurf nicht euphorisch begrüßen. Detailliert in diesen, sehr vage in jenen Bereichen, so Cottrells Urteil. Allerdings: Zuerst muss der Entwurf Gesetzeskraft erlangen. Den politischen Preis dafür setzt Autor Cottrell „sehr hoch“ an. Eine Hürde ist überwunden: Die Staats- und

Regierungschefs haben sich nach den für sie zumeist desaströsen Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni ohne weiteres Zögern auf den Entwurf geeinigt. Nun liege es an den Bürgern der EU, dem Entwurf zuzustimmen. In Dänemark, Irland, den Niederlanden, Großbritannien und womöglich auch in Tschechien, Polen, Luxemburg, Portugal und Spanien werden die Bürger per Referendum über die EU-Verfassung abstimmen. Sollte ein kleines Land sich gegen die Ratifizierung entscheiden, wäre das nicht erfreulich, was aber, wenn Großbritannien oder gar Polen gegen die Verfassung stimmten?

Cottrell erklärt den Entwurf, zeigt auf, dass 80 Prozent des dort Geschriebenen schon in anderen vertraglichen Regelungen bestehe; nur 20 Prozent neues Material sei dabei. Dennoch, so der Autor, die drei grundlegenden Konfliktlinien der EU könne auch der Entwurf nicht auflösen: (1) Der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern eines föderalen Europas. (2) In der Wirtschaftspolitik konkurrieren Proponenten des Liberalismus, hier vor allem Thatscherismus, mit denen des französischen Wohlfahrtsstaates. (3) Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen fürchteten vor allem Großbritannien und die neuen Mitglieder in Osteuropa, dass eine stärker zusammenwachsende EU automatisch zum Rivalen der Vereinigten Staaten werde.

Höhere Bildung: Teuer statt gut?

Derweil Deutschland die Einführung von Studiengebühren debattiert, warnen amerikanische Bildungsexperten vor den immer höheren Geldbeträgen, die ein Student hier zu Lande für einen Studienabschluss hinblättern müsse. In den Vereinigten Staaten steige kein Preis so schnell wie der der Bildung. Weder Inflationsrate noch Einkommen könnten mithalten. Das Problem sei nur, dass teurere Bildung nicht bessere Bildung bedeute. Das schreibt zumindest **Richard Vedder**, Ökonom der **Ohio State University** und Forscher beim **American Enterprise Institute**, in seiner Studie „Going broke by Degree“ (<http://www.aei.org/book780>). Nur 21 Cent jedes zusätzlich gezahlten Dollars fließen - Vedder zufolge - in die eigentliche Bildung – ganz gleich ob es sich um eine staatliche oder eine private Universität handele. Von den übrigen 79 Cent bauten die Bildungstempel luxuriöse sanitäre Einrichtungen und Sportstätten, erhöhten die Gehälter des Lehrkörpers und der Angestellten oder förderten den Sport. Kurzum: Das Geld komme dem nicht-akademischen Bereich zugute. Für Ökonom Vedder ist klar: Die Universitätsausbildung wird zwar immer teurer, keinesfalls aber besser. Nicht nur die

Lehre ist weniger produktiv, auch die Chancengleichheit leidet. Die Studiengebühren sind demnach ausschlaggebend bei der Entscheidung, ob ein Schüler überhaupt studieren gehe. Vedder sieht die Lösung dieser finanziellen Bildungsmisere im Wettbewerb. Universitäten, die auf Profitbasis arbeiteten, müssten sich mit Computer-basierten Programmen von Fernuniversitäten und nicht-akademischen Bildungseinrichtungen messen lassen. Staatliche Universitäten sollten privatisiert, der Studienalltag gestrafft und der Verwaltungsapparat verkleinert werden, meint Ohio-State-Professor Vedder.

Bolivien vor dem Zusammenbruch?

Kaum ein dreiviertel Jahr ist es her, dass Bolivien sich fast im Bürgerkrieg wähnte. Nur der Rücktritt von Präsident **Gonzalo Sánchez de Lozada** konnte den vollkommenen Zusammenbruch der politischen Ordnung verhindern. Damals, im Oktober vergangenen Jahres, hatte der Mob die Zentralen der Parteien niedergebrannt, die die gewählte Regierung unterstützten. Ähnliches widerfuhr unzähligen anderen öffentlichen Einrichtungen. Verbessert oder gar stabilisiert hat sich die Lage in dem Andenland nicht. Lozadas Nachfolger **Carlos Mesa** regiert mehr schlecht als recht mithilfe „billiger Tricks“, wie **Mark Falcoff**, Lateinamerikaexperte beim American Enterprise Institute, meint (http://www.aei.org/publications/pubID.20580/pub_detail.asp). So verweigere Mesa dem ungeliebten Nachbarn Chile Lieferungen von Erdgas, breche Verträge mit internationalen Energiekonzernen und propagiere ein Referendum, welches das Land von der Weltwirtschaft isolieren solle. Mesa versuche auch, ohne Parteien zu regieren. Für Falcoff Grund genug zu glauben, dass Bolivien kurz vor dem „Selbstmord“ stehe. Damit wäre die längste Phase – zwei Jahrzehnte – konstitutioneller Demokratie in der Geschichte des Landes beendet. Die Wahlen hätten wieder und wieder gezeigt, welche Klüfte die Bolivianer trennen. Seit 1982 sei kein Präsident mit viel mehr als 20 Prozent der Stimmen gewählt worden. Die Regierungsbildung im ärmsten Land Lateinamerikas beschreibt Falcoff als „Kuhhandel“ und somit als Voraussetzung für Korruption. Die Zahlen sprächen Bände: Seit dem Jahr 2000 habe sich das Staatsdefizit verdoppelt; die lebenswichtigen Direktinvestitionen seien von \$647 Millionen im Jahr 2002 auf \$160 Millionen im Jahr darauf gefallen. Die Arbeitslosenquote steige beständig; das Wachstum könne mit dem der Bevölkerung schon lange nicht mehr mithalten. Das

Volk sei getrennt nach Rasse und Wohnort. Die zum Teil bitterarmen indianischen Gemeinschaften in den Hochländern folgten vor **Evo Morales**, dem Anführer der **Bewegung zum Sozialismus**. Es wären seine Leute, die Lozadas Rücktritt im Oktober 2003 erzwungen hätten. Falcoff, der AEI-Experte, nennt ihre Geldgeber: skandinavische Nichtregierungsorganisationen, Agenten des venezolanischen Präsidenten **Hugo Chávez** und örtliche Trotzkiten. Morales und seine Anhänger wollten „noch ein Kuba“. Das komme bei den auf allen Seiten benachteiligten Indios an. Das Paradoxe sei dabei: Präsident Mesa ist außerordentlich beliebt. Die Quellen seiner Popularität: Mesa propagiere wirtschaftlichen Nationalismus – Schuld an der Misere der Ökonomie hätten ausländische Energiekonzerne, sagt er – und schimpft beständig auf politische Parteien. „Anti-Imperialismus“ stehe hoch im Kurs. Dabei finanziere sich Bolivien zu einem Großteil aus den Steuern und Tantiemen ausländischer Investoren - \$560 Millionen allein im vergangenen Jahr. Eine weitere prominente Forderung des Präsidenten sei die Enteignung ausländischer Eigentümer. Doch selbst Mesa erkenne an, dass dies seinem Land bis zu \$4,5 Milliarden kosten würde. Und das wäre wohl selbst für Mesa politischer Selbstmord, glaubt Falcoff.

Amerika und Kuba - ohne Fidel Castro

Alles hat ein Ende, nur die Regierungszeit von Fidel Castro nicht. Dabei rechnen viele Lateinamerikaexperten Jahr ein Jahr aus mit dem Ableben des *Commandante*, machen sich Gedanken über die Zeit nach Fidel. Die aktuellste Studie dazu haben nun **Edward Gonzalez** und **Kevin McCarthy** von der **RAND Corporation** veröffentlicht. In „Cuba After Castro“ erklären die RAND-Analysten, dass die Ausgangssituation für eine stabile Demokratie nach 44-plus-x-Jahren auf der Karibikrepublik nicht günstig sei. Gonzalez und McCarthy prophezeien eine Militärherrschaft, ähnlich der des Generals Wojciech Jaruzelski in Polen von 1981 bis 1989. Den Vereinigten Staaten geben sie einen Handlungskatalog in die Hände, mit dem der große Nachbar im Norden verhindern solle, dass Kuba sich in die Reihe der „failed States“ einfüge:

1. Die USA sollten Castros Nachfolgern bedeuten, dass Demokratie in Kuba die Aufhebung des amerikanischen Embargos bedeutet.
2. Bei ihren Bemühungen, Kuba auf den demokratischen Pfad zu führen, sollte die amerikanische Regierung im Konzert mit der Europäischen Union arbeiten.

3. Amerika sollte sich zurückhalten mit allem, was kubanischem Nationalismus zuträglich wäre; die US-Regierung sollte sich um informelle Militärbeziehungen bemühen und via Diplomatie deutlich machen, dass sie Kubas Unabhängigkeit, Souveränität und Würde achtet. Gleichzeitig muß Havanna aber die Menschenrechte achten und sich hin zur marktwirtschaftlichen Demokratie orientieren.
4. Amerika muss volle diplomatische- und Handelsbeziehungen mit Kuba wiederherstellen und Aufbauhilfe leisten, sobald die neue Regierung der Republik sich zur Demokratie bekennt.
5. Die USA sollten die Privatwirtschaft, die Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und besonders die kubanisch-amerikanische Bevölkerung dazu aufrufen, sich in Kuba für Kuba zu engagieren.
6. Die US-Regierung sollte Havanna anbieten, den Status von Guantanamo als Marinestützpunkt neu zu verhandeln.

China: Raubtierkapitalismus und Planwirtschaft

Seit 1980 ist China länger und schneller gewachsen als je eine Volkswirtschaft. **John Makin**, Ökonom und Asienexperte beim **American Enterprise Institute** nennt China „The Unplannable, Planned Economy“ (<http://www.aei.org/publication20586>). Von dem Land gehe eine Faszination aus, weil es gleichzeitig die am meisten versprechende und die am wenigsten versprechende Volkswirtschaft sei: Auf der einen Seite erlebe Chinas Wirtschaft Über-Investitionen, denen der 1920er Jahre, kurz vor der Weltwirtschaftskrise, nicht unähnlich. Auf der anderen Seite sei das Finanzsystem zu instabil, als dass es Über- und Fehlinvestitionen balancieren könne. Einige Zahlen: Im Jahr 2003 betrug das chinesische Bruttoinlandsprodukt mehr als \$1,4 Trillionen und damit vier Prozent des weltweiten BIP; 15 Prozent des globalen Wachstums gehen heute auf die Volksrepublik zurück. Das Land tätigt 55 Prozent des gesamten asiatischen Handels; dass Japan sich von der dritten Rezension innerhalb eines Jahrzehnts erholt hat, verdankt der Inselstaat der beständig wachsenden Nachfrage aus China. Auch den größten Teil des geringen deutschen Wirtschaftswachstums rechnet Makin China zu. Der Ausblick des Experten ist wenig positiv. Wegen des ausgebrochenen „Raubtierkapitalismus“, dem schwachen Finanzsektor und dem noch immer planwirtschaftlichen Instrumenten anhängenden

Politbüro vermutet Makin eine „harte Landung“ noch in diesem Jahr. Erste Anzeichen gibt es dem Ökonomen zufolge schon: Die Aktienmärkte in Asien haben kräftig Federn gelassen, allein seit März haben die Indizes in China und Korea mehr als 20 Prozent verloren. Steigende Zinsen in sicheren Märkten wie dem amerikanischen veranlassen viele Investoren, ihre Gelder aus dem Boomland abzuziehen und gewinnbringend, aber risikofrei anderswo anzulegen. Makin vergleicht das Land mit einem frisierten Rennauto: „Die Konkurrenten sind neidisch auf die zusätzliche Geschwindigkeit, die das Auto mit den schlechten Bremsen und dem starken Motor auf gerader Fahrbahn leisten kann.“ In den Kurven aber zögen die anderen vorbei.

What's New?

Michael McDonald verstärkt Wahlkampfbeobachtung der Brookings Institution

Der Wahlkampf um das amerikanische Präsidentenamt hat schon vor weit über einem Jahr begonnen. Für die Think Tanks heißt Wahlkampf auch Expertensuche. Je renommierter die Analysten, desto häufiger kommen sie in den Op-Ed-Spalten der großen Zeitungen und Magazine oder in politischen Fernseh- und Radiosendungen zu Wort. Daher rührt auch die Wortschöpfung „**Punditocracy**“; sie beschreibt eine politische Welt, in der Experten den Ton angeben, Wissenschaftler und Journalisten berühmter werden (können) als die, deren Politik sie beurteilen (sollen). Ab sofort stellt **Michael McDonald** sein Wissen in den Dienst der **Brookings Institution**. McDonald, Professor an der George Mason University, gilt als alter Hase im Wahlkampfgeschäft. Bei Brookings wird er für das Governance Studies Programm arbeiten, dem ab Juli Pietro Nivola vorsitzen wird. Schon länger zum Brookings-Team gehören Anthony Corrado (Wahlkampffinanzierung), E.J. Dionne (Zivilgesellschaft, Medien, öffentliche Meinung, Religion), Bill Frenzel (Haushalt, Congress, Wahlkampfgesetze, Wirtschaftspolitik), Stephen Hess (Medien, politische Parteien, White-House-Organisation), Charles Jones (Regierung), Thomas E. Mann (Haushalt, Wahlkampagnen, Parteien, Medien).

Sicherheitsexperte Richard Falkenrath forscht bei Brookings

Richard Falkenrath hat von Anfang an zum National-Security-Team von Präsident **George W. Bush** gehört. Falkenrath, der schon an **Harvards Kennedy-School** lehrte und bei der **Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik** in Bonn forschte,

hat sein neues Büro bei der Brookings Institution. Dort wird er in **James Steinbergs Foreign Policy Studies** forschen. Seine Themen: Heimatschutz, Nationale Sicherheit, Geheimdienstpolitik, weltweiter Anti-Terror-Zusammenarbeit.

Medienmann Herb Klein beim American Enterprise Institute

Herb Klein geht als National Fellow zum **American Enterprise Institute**. Klein diente unter Präsident **Richard Nixon** als Communications Direktor im Weißen Haus, später arbeitete er als Chefredakteur der **Copley Newspapers**. Beim AEI will er sich der Beziehung zwischen Presse und Regierung widmen und hier im Besonderen dem Einfluss, den Zeitungen auf den Ausgang von Präsidentschaftswahlen haben.

Regierungsökonom und AEI-Analyst Glenn Hubbard leitet Columbia Business School

Glenn Hubbard wird neuer Dekan der New Yorker **Columbia University Graduate School of Business**. Von 2001 bis 2003 saß Hubbard dem **Council of Economic Advisors** von Präsident **George W. Bush** vor, anschließend forschte er beim **AEI** und lehrte Wirtschaftswissenschaften an der Columbia University. Hubbards Expertise: Steuer- und Geldpolitik, Internationale und Corporate Finance

Vessey-Fellowship beim Council on Foreign Relations

Der **Council on Foreign Relations** ehrt **General John W. Vessey Jr.**, den früheren Vorsitzenden der **Joint Chiefs of Staff** mit einem eigenen Fellowship für **Conflict Prevention**. Finanziert wird das Programm, das sich mit der Zeit zu einem eigenen Forschungsbereich mausern soll, von **Patrick Byrne**, dem Gründer und CEO von **Overstock.com**. Als erster hat General William Nash, Vietnam- und Desertstormveteran die Möglichkeit, als Vessey-Fellow beim **Center for Preventive Action des CFR** zu forschen.

Bibliographie

Robert Cottrell, The EU Constitution. Many Risks, Few Rewards, European Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, Juni 2004.
<http://www.aei.org/publication20684>.

Mark Falcoff, The Last Days of Bolivia?, Latin American Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, Juni 2004.
http://www.aei.org/publications/pubID.20580/pub_detail.asp.

Edward Gonzalez und Kevin McCarthy, Cuba After Castro: Legacies, Challenges, and Impediments, Washington, DC, RAND Corporation, Juni 2004.

Charles Jones, Governing Style: Bush and Kerry , Washington, DC, Brookings Institution, Juni 2004.
<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/comm/policybriefs/pb134.htm>.

William Schneider, Burying the Hatchet, National Journal, Washington, DC, Juni 2004. <http://www.aei.org/news20765>.

Michael Levi, Prevent Defense: Kerry's Non-Proliferation Strategy, The Brookings Institution, Washington, DC, 16. Juni 2004.
<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/pagedefs/8ff0b064e4caff3d3cf797180a1415cb.xml>.

Ga Luft, Iraq's Oil Sector One Year After Liberation, Saban Center Middle East Memo #4, Brookings Institution, Washington, DC, 17. Juni 2004.
<http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/fp/saban/luftmemo20040617.htm>.

John Makin, The Unplannable, Planned Economy, Economic Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, Juni 2004. <http://www.aei.org/publication20586>.

Jessica Matthews, George Perkovich, Joseph Cirincione, Rose Gottemoeller und Jon B. Wolfsthal, Universal Compliance, A Strategy for Nuclear Security, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juni 2004.
www.ceip.org/strategy.

Walter Russell Mead, Power, Terror, Peace, and War. America's Grand Strategy in a World at Risk, New York, Alfred A. Knopf, Juni 2004.

Marina Ottaway, The Broader Middle East and North Africa Initiative: A Hollow Victory for the United States, Arab Reform Bulletin, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juni 2004.
<http://www.ceip.org/files/Publications/2004-06-15ottawayARB.asp?from=pubdate>.

Veronique de Rugy, President Reagan, Champion Budget-Cutter, AEI Papers and Studies, Washington, DC, American Enterprise Institute, Juni 2004.
http://www.aei.org/publications/pubID.20675/pub_detail.asp.

Richard Vedder, Going Broke by Degree. Why College Costs Too Much, Washington, DC, AEI Press, Juni 2004. <http://www.aei.org/book780>.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

The Heritage Foundation – Economy Watch: www.economywatch.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 25. Juni 2004